

N I E D E R S C H R I F T

zur 22. Sitzung der Gemeindevertretung der Legislaturperiode 2006-2011

am Donnerstag, den 06.11.2008.

Sitzungsbeginn: 20:10 Uhr Sitzungsende: 22:00 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Christina Krantz (stellvertr. Fraktionsvorsitzende), Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Manfred Möller (ab 20.50 Uhr), Rainer Pfeffer, Hilmar Stahl, Alexander Steiß, Elisabeth Wege

SPD-Fraktion

Werner Knobloch (stellvertr. Vorsitzender der Gemeindevertretung), Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Kurt Barth, Doris Knobloch, Siegfried Koch, Tanja Kraft, Lothar Potthoff, Jürgen Rabenau, Reiner Sauer

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens, Ansgar Kraiker

FDP-Fraktion

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender), Gunter Heuser

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender), Hans-Heinrich Schmidt, Helle Grün, Winfried Laucht,

Entschuldigt:

Von der CDU-Fraktion

Heijo Hoß (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Jost-Hendrik Kisslinger, Konrad Ammenhäuser,

SPD-Fraktion

Barbara Muzzolini, Hans-Herbert Pletsch,

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Volker Muth, Reinhard Karber, Helmut Paulsen, Karl-Heinz Kraft, Kurt Wenz, Otto Weimar, Dagmar Kemmerling, Helmut Wenz

Es fehlten:

Stefan Bug (1. Beigeordneter), Helge Fuhr, Svenja Bierl, Frank Dieffenbach

Schriftführerin:

Rita Rohrbach

Tagesordnung:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**
3. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Schaffung eines kommunalen Netzwerks für ältere und alte Menschen**
10/12/2008/06-11
4. **Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007**
10/19/2008/06-11
5. **Einführung des Digitalfunks für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Hessen;
hier: Abnahmeerklärung für die Endgeräte**
10/21/2008/06-11
6. **Ausschreibung der Walgerbachbrücke in der Backhausstraße in Niederwalgern**
41/41/2008/2006-2011
7. **Antrag der SPD-Fraktion zur Erstellung eines Energiekonzeptes für die Gemeinde Weimar (Lahn) vom 12.08.2008**
10/20/2008/06-11
8. **I. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2008**
20/24/2008/06-11
9. **Annahme von Ast- und Strauchschnitt aus Privathaushalten**
60/9/2008/06-11
10. **III. Änderungssatzung zur Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung;
hier: Erhöhung der Abwassergebühren**
10/23/2008/06-11
11. **Anfragen**
12. **Verschiedenes**

Inhalt der Verhandlungen:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der stellvertretende Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Werner Knobloch, eröffnete um 20.10 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung. Er begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Muth, die Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Vertreter der Presse.

Von 31 Mitgliedern der Gemeindevertretung waren zunächst 25 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig war.

Er gratulierte den Mandatsträger/Mandatsträgerinnen Helle Grün, Barbara Muzzolini, Hilmar Stahl, Kurt Barth, Rainer Pfeffer, Christian Fischer und Gemeindevorstandsmitglied Dagmar Kemmerling zum Geburtstag.
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**

- a) Beschluss, dass der zur Kenntnis genommene Prüfungsbericht der Revision zur Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss und an die Gemeindevertretung weitergeleitet wird.
- b) Mitteilung über die Kündigung des Mietvertrages zum 31.12.09 für die Räume im Obergeschoss des Bürgerhauses Niederwalgern.
- c) Beschluss über den Abschluss eines Pachtvertrages mit dem Wanderclub Obereimar über die Grillhütte.
- d) Beschluss, den Auftrag für eine Treppenanlage aus Betonblockstufen und beidseitigem Geländer aus Edelstahl für den Kindergarten Niederweimar in Höhe von 5.521,02 € der Firma R & R zu erteilen.
- e) Beschluss, den Auftrag für die Erschließung des Baugebietes „Unterm Hundsrück“ in Höhe von 414.230,98 € der Fa. Jakob & Weigel zu erteilen sowie den Auftrag für die Kanalauswechslung in der Kreisstraße in Höhe von 185.011,12 €
- f) Beschluss über Dienstanweisung über das Vergabewesen.
- g) Beschluss über Aufnahme eines Kommunaldarlehens aus der Kreditermächtigung 2007.
- h) Beschluss über die Empfehlung an die Gemeindevertretung, die Annahme von Ast- und Strauchschnitt aus Privathaushalten auf dem Schredderplatz der Gemeinde zu bewährten Konditionen zu beschließen.
- i) Beschluss über die Gebührenregelung bei Belegung eines U3-Platzes im Kindergarten Niederweimar durch 3-Jährige.
- j) Beschluss über Abnahmeerklärung für die Endgeräte;
hier: Einführung des Digitalfunks für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Hessen.
- k) Beschluss über den Antrag auf Erwerb einer Teilfläche in der Gemarkung Niederweimar, Flur 5, Flurstück 374.
- l) Entwidmung einer Wegeparzelle in der Gemarkung Wenkbach und anschließender Verkauf an eine Anliegerin
- m) Beschluss über die Mehrkosten in Höhe von 2.892,25 € für das Abändern der Straßeneinläufe in der Wolfshäuser Straße in Roth.
- n) Beschluss, der Gemeindevertretung zu empfehlen, den Auftrag über die Wiederherstellung der Walgerbachbrücke in Höhe von 63.082,29 € an die Fa. Heinrich Seibel zu erteilen.
- o) Beschluss über die Erweiterung des Friedhofsweges in Wenkbach in Höhe von ca. 1.125,74 €
- p) Beschluss über die bauliche Veränderung der oberen Räume im Kindergarten „Kleine Strolche“ in Höhe von 1.500,-- €
- q) Beschluss über den Nachtrag zur technischen Trocknung des Kindergartenneubaus in Niederweimar in Höhe von 7.425,63 €
- r) Beschluss über Umstellung des Kassen- und Rechnungswesens der Gemeinde auf Doppik;
hier: erforderliche Umstrukturierung der Gemeindeverwaltung und Personalkonzept.

- s) Beschluss über Außerkraftsetzung der Vereinbarung;
hier: Dienstvereinbarung über die Gewährung von leistungsorientierten Entgelten und die Festlegung eines betrieblichen Systems nach § 18 Abs. 6 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst.
- t) Beschluss, der Gemeindevertretung zu empfehlen, die III. Änderungssatzung zur Abwasserbeitrags- und –gebührensatzung zu beschließen.
- u) Beschluss über die Zustimmung zur Vergabe der Erschließungsarbeiten des Baugebietes „Am roten Weg“ in Niederweimar in Höhe von 1.573.587,15 € an die Firma Jakob & Weigel.
- v) Beschluss über den Auftrag für die Erneuerung und Erweiterung der Heizungsanlage in Wolfshausen in Höhe von 11.865,65 €
- w) Beschlussfassung über die Beantwortung zur schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion zur bisherigen Kanalisierung.
- x) Beschlussfassung über die Beantwortung der mündlichen Anfrage des Gemeindevertreters Hans-Heinrich Schmidt zu den Mängelzetteln.
- y) Die Mutter-Kind-Parkplätze wurden inzwischen bei den Bürgerhäusern Niederweimar und Roth eingerichtet.
- x) Die Schranke an der nördlichen Zufahrt zum Weimarer See wurde mit neuen Schlössern versehen, der Betonklotz entfernt und ein Hinweisschild „Enge Stelle“ aufgestellt, so dass die Gefahrenzone entschärft wurde.

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Schaffung eines kommunalen Netzwerks für ältere und alte Menschen

Drucksache: 10/12/2008/06-11

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider, berichtete, dass Frau Schlichting von der Stabstelle „Altenhilfe“ des Kreises eingeladen war, um Informationen über Bestehendes und Anregungen zu Möglichem zu geben.

Frau Schlichting habe ihren Vortrag in drei Hauptpunkte unterteilt:

1. Demographie (Überblick über die künftige Entwicklung und damit verbunden steigende Pflegebedürftigkeit),
- 2- Soziokulturelle Veränderungen (in Gemeinde und Land)
3. Institutionelle Rahmenbedingungen

Frau Schlichting habe berichtet von den aktuellen Trends:

1. Wohnen im Alter und bei Pflegebedürftigkeit
2. Ambulante Versorgung
3. Qualität und Wirtschaftlichkeit durch unabhängige Verbraucherberatung
4. Förderung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement.

Das alles sei ein Bündel von Empfehlungen und entsprechende Hausaufgaben, die von der Gemeinde in der Zukunft zu erledigen seien.

Zusammenfassend sei Folgendes festzuhalten:

- Öffentlicher Diskurs über das Leben in der Gemeinde im Jahre 2020.

Ansätze dafür habe es ja bereits gegeben, und das Thema müsse weiterhin Diskussionsgrundlage sein.

- Ressourcenklärung, was bedeute, dass eine Aufstellung gefertigt werden solle über das, was es bereits gebe und was noch fehle.
- Eine Netzwerkbildung sei von Frau Schlichting positiv bewertet worden. Von ihr wurde angeraten, einen professionellen Dienstleistungsbetrieb und bürgerschaftliches Engagement zusammen an einen Tisch zu bringen, um dieses Thema umfassend abzudecken.

Frau Schlichting habe ausgeführt, so Frau Schneider, Altenhilfe sei in die Regionalentwicklung einzubinden, was z.B. Verkehrsplanung und Infrastruktur betreffe. Wichtig sei eine politische Grundsatzentscheidung zum Umgang mit Entwicklungsprojekten und Initiativen. Die Empfehlung von Frau Schlichting sei, dass die Gemeinde sich darum bemühen solle, eine entsprechende Moderation auf die Beine zu stellen, um hierdurch den Prozess der Altenhilfe in Gang zu halten bzw. zu setzen.

Frau Schneider (Fraktionsvors. der Grünen) berichtete, dass Bürgermeister Muth in der Ausschusssitzung erklärt habe, welche Bereiche in der Gemeinde bereits abgedeckt seien. Aufgetretene Fragen seien in der Sitzung beantwortet worden.

Der Ausschuss habe keinen Beschluss gefasst und gebe auch keine Beschlussempfehlung für die Gemeindevertretung ab. Das Thema bleibe daher weiterhin Beratungsgegenstand im Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport.

Frau Schneider schlug vor, dieses Thema in einer stattfindenden Bürgerversammlung zum Tagesordnungspunkt zu erheben.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

4. Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007

Drucksache: 10/19/2008/06-11

Bürgermeister Muth ging auf die den Mitgliedern der Gemeindevertretung vorliegende Schlussbetrachtung des Prüfungsberichtes, und hier auf die Entwicklung der allgemeinen Rücklage, der Sonderrücklagen, den Schuldenstand und der Haushaltsreste ein.

Dem Vermögenshaushalt seien 820.000,-- €, der allgemeinen Rücklage 67.000,-- € zugeführt werden. Das sei insofern ganz erfreulich, da ursprünglich eine Entnahme von 160.000,-- € vorgesehen war. Insgesamt, so der Bürgermeister, ein erfreuliches Rechnungsergebnis.

Sodann erhielt der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Alexander Steiß, das Wort.

Herr Steiß führte aus, dass sich der Ausschuss im Wesentlichen beschäftigt habe mit den Kostendeckungsgraden im Bereich Bestattungswesen und der Ausführung des Bürgermeisters im Ausschuss, dass im Frühjahr 2009 eine Beratung hinsichtlich der Gebührenanpassung unter Berücksichtigung von aktualisierten Kostenaufstellungen eingeplant sei.

Weiterhin sei angeregt worden, zu prüfen, ob der Aufwand der Beförderungskosten zu den gemeindlichen Kindergärten verhältnismäßig sei im Vergleich zu dem, was in anderen Kommunen dafür aufgewendet werde.

Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung, dem Gemeindevorstand Entlastung zur Jahresrechnung für das Jahr 2007 zu erteilen.

Der Vorsitzende der FBW, Herr Hans-Jakob Heuser, erklärte, dass der Forderung seiner Fraktion, die „inneren Verrechnungen“ in den Gebührenhaushalten Bestattungswesen, Kindergärten, Abwasser, Müll und Bürgerhäuser dezidiert vorgelegt zu bekommen, bisher nicht erfüllt wurde. Insofern sei für seine Fraktion die Diskussion über eine Gebührenerhöhung nicht nachvollziehbar und widerspreche nach seinem Dafürhalten den Aussagen des Bürgermeisters in der Presse zu der Stellungnahme über die überörtliche Prüfung, dass eine Gebührenerhöhung nicht bürgernah sei. Wunsch seiner Fraktion sei gewesen, über den erheblich über dem Kreisdurchschnitt liegenden Zuschussbedarf in Höhe von 570,-- € im Kindergartenbereich zu diskutieren und nicht lediglich über die Fahrtkosten. Seine Fraktion werde das Thema im Frühjahr daher noch mal aufgreifen.

Darüber hinaus habe seine Fraktion bereits bei der Diskussion über die vorhergehende Jahresprüfung darum gebeten, einen Sachbearbeiter des Rechnungsprüfungsamtes zu den Beratungen im Ausschuss einzuladen. Er bat, diesen Wunsch bei der Prüfung der nächsten Jahresrechnung zu berücksichtigen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, dem Gemeindevorstand zur Jahresrechnung 2007 Entlastung zu erteilen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

**5. Einführung des Digitalfunks für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Hessen;
hier: Abnahmeerklärung für die Endgeräte**

Drucksache: 10/21/2008/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Steiß, erhielt das Wort und berichtete, dass der Ausschuss der Gemeindevertretung empfehle, eine verbindliche Abnahmeerklärung der angemeldeten Endgeräte abzugeben und die erforderlichen Haushaltsmittel im Jahre 2009 zur Verfügung zu stellen.

Bemängelt worden sei im Ausschuss die Vorgehensweise des Landes Hessen und die Tatsache, dass die Kommunen erhebliche finanzielle Mittel für dieses Vorhaben zur Verfügung stellen müssen.

Er bedanke sich an dieser Stelle bei dem Gemeindebrandinspektor, der im Ausschuss umfangreiche Informationen in dieser Angelegenheit gegeben habe.

Auch der stellvertretende Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Knobloch, bedankte sich bei dem Gemeindebrandinspektor und dem Team, welches in relativ kurzer Zeit die zu der Entscheidung notwendigen Daten und Zahlen kurzfristig zusammengetragen haben.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Die Gemeindevertretung kritisiert den Ablauf und die zeitlichen Vorgaben des Landes im Verfahren zur Einführung des Digitalfunkes BOS in Hessen.

2. Die Gemeindevertretung stimmt nachträglich dem durch die Freiwillige Feuerwehr erstellten „Warenkorb“ als Mengenermittlung der Gemeinde Weimar (Lahn) mit Abgabefrist 30.09.2008 gemäß der beigefügten Anlage zu.
3. Die Gemeinde Weimar (Lahn) gibt fristgerecht zum 15.12.2008 eine verbindliche Abnahmeerklärung für die unter Punkt 2 angemeldeten Endgeräte ab. Die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsjahr 2009 als Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 183.400,42 Euro in der Ausgabe und 55.020,13 Euro (30 % Zuschuss des Landes Hessen) in der Einnahme für das Jahr 2010 vorgesehen.

Beratungsergebnis: 25 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltungen

6. Ausschreibung der Walgerbachbrücke in der Backhausstraße in Niederwalgern

Drucksache: 41/41/2008/2006-2011

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Steiß, berichtete, dass Bürgermeister Muth den Sachverhalt und die Notwendigkeit der Erneuerung der Walgerbachbrücke im OT Niederwalgern erläutert habe. Es habe im Ausschuss keine Zweifel an der Notwendigkeit der Ausführung gegeben und der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Vergabe der Arbeiten entsprechend dem vorliegenden Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Auftrag über die Wiederherstellung der Walgerbachbrücke mit einem Gesamtangebotspreis von 63.082,29,- € incl. Mehrwertsteuer, der Fa. Heinrich Seibel + Co.KG aus Dautphetal zu erteilen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

7. Antrag der SPD-Fraktion zur Erstellung eines Energiekonzeptes für die Gemeinde Weimar (Lahn) vom 12.08.2008

Drucksache: 10/20/2008/06-11

Herr Jürgen Rabenau stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die SPD-Fraktion beantragt ein kommunales Energiekonzept für erneuerbare Energien, Energieeinsparung und die Steigerung der Energieeffizienz unter der Beteiligung technischer Spezialisten, der Wissenschaft, des lokalen Gewerbes, der Landwirtschaft und der Bürger.

Das Konzept soll mindestens umfassen:

1. Bestandsaufnahme und Auswertung aller gemeindeeigenen Gebäude hinsichtlich:
 - a) Einsatz sowie effektive und umweltschonende Ausnutzung der vorhandenen Anlagen und Energien.
 - b) Wärmedämmung und bauliche Veränderungen bei Sanierung, Erweiterung und Errichtung, die den Energieverbrauch wesentlich minimieren und die Ausnutzung langfristig wirtschaftlich verbessern.
 - c) Einsatz von erneuerbarer Energie
 - d) Bildung von zentralen Wärmeversorgungsanlagen durch den Einsatz von Heizkraftwerken wie BHKW und Holzhackschnitzel-Anlagen bei zusammenliegenden öffentlichen Gebäuden.

2. Vorschläge für Umsetzung energiesparender Maßnahmen, Einsatz erneuerbarer Energien und die Bildung zentraler Wärmeversorgungsanlagen bei gemeindeeigenen Immobilien und Liegenschaften.
3. Vorschläge zur Förderung des Einsatzes von erneuerbaren Energien, z.B. Photovoltaik, Solar- und Bioenergieanlagen in der Gemeinde Weimar (Lahn).

Begründung:

Im Interesse einer zukunftsfähigen nachhaltigen Energieversorgung und angesichts der nur begrenzten Verfügbarkeit fossiler Energieressourcen sowie aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes ist es erforderlich, die Einhaltung des sparsamen Umgangs mit der nichterneuerbaren Primärenergie zu gewährleisten und den Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien zu stärken.

Die Kommunalverwaltung ist selbst Energieverbraucher mit ihren Verwaltungsgebäuden und Bürgerhäusern. Sie unterhält Energieanlagen und Fahrzeuge für den Eigenbedarf. Die Kommunalverwaltung muss mit ihren kommunalen Einrichtungen beispielhaft vorangehen und die Energie-Alternativen praktizieren.

Als wesentliche Aspekte des Energiekonzeptes für die Gemeinde Weimar (Lahn), auch zur Wahrnehmung einer Vorreiterrolle, erachten wir

- die Erstellung eines Energiehaushalts, in dem alle Ausgaben für Energie gesondert festgehalten sind. Dieser wird Grundlage für alle neuen Entscheidungen auf dem Energiesektor sein
- die Einbeziehung von Umweltschäden in die Energiekalkulation ein Energie-Audit für alle kommunalen Gebäude und die Einführung einer Energiebuchhaltung für jedes dieser Gebäude, in welcher der energetische Zustand (Wärmeisolierung, Heizanlagen, Alter und Zustand der Energieverbrauchsgeräte, Gebäudenutzung u.a.m.) enthalten sind
- die Beschaffung/Umrüstung von Fahrzeugen des kommunalen Fahrzeugparks, welche mit erneuerbaren oder umweltverträglicheren Energien angetrieben werden können (Elektro-, Hybrid- und Gasantriebe)

für notwendig.

Die Erstellung des „Energiekonzeptes“ wird im Land Hessen über das Hessische Energiegesetz und über die „Region Marburger Land“ gefördert. Für alle weiteren Maßnahmen und Förderanträge ist ein Energiekonzept mit den o.g. Eckpunkten notwendig.

Herr Hans-Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) fragte den Antragsteller, wer denn beauftragt werden solle mit der Erstellung des Energiekonzeptes, worauf Herr Rabenau antwortete, dass die Beauftragung an den Gemeindevorstand und damit an die Gemeindeverwaltung erfolgen solle.

Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass ihre Fraktion diesen Antrag voll unterstütze und dieses Thema längst überfällig sei, zumal es in diesem Bereich bereits eine Reihe von verpassten Gelegenheiten im Hinblick auf kommunale Liegenschaften gegeben habe.

Herr Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) führte ergänzend aus, dass seine Fraktion beantrage, diesen Antrag an den Gemeindevorstand zur Erarbeitung eines Konzeptes zu überweisen, um es danach in dem entsprechenden Ausschuss beraten und diskutieren zu können.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorstehenden Antrag der SPD-Fraktion zur Erstellung eines Energiekonzeptes für die Gemeinde Weimar (Lahn) an den Gemeindevorstand zu überweisen. Nach Erarbeitung des Energiekonzeptes soll dieses in dem entsprechenden Ausschuss vorgelegt und beraten werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig

8. I. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2008

Drucksache: 20/24/2008/06-11

Bürgermeister Muth erläuterte hierzu, dass im Verwaltungshaushalt Mehreinnahmen aus dem Anteil der Einkommensteuer von ca. 220.000,-- € sowie Mehrzuteilung von Schlüsselzuweisungen in Höhe von 13.700,-- € zu Buche stehen sowie verringerte Zinsausgaben für Kreditaufnahmen von 78.800,- - €. Demgegenüber stünden Mehrausgaben durch die Kreis- und Schulumlage von insgesamt 7.400,-- €. Im Bereich des Abwassergebührenhaushaltes sei durch die Abrechnung des Vorjahres eine geringere Gebühreneinnahme von 34.500,-- € festzustellen, so dass sich die verfügbaren Mittel für den Unterhaltungsaufwand entsprechend reduzieren.

Im Bereich des Bauhofes, so der Bürgermeister, seien durch den Mehrbedarf an Personal Kosten in Höhe von 27.400,-- € entstanden. Hier seien zusätzliche Beschäftigungsmaßnahmen aufgrund von Krankheitsfällen notwendig geworden.

Ein weiterer Punkt im Bereich der Personalkosten seien Aufwendungen für die Betreuer von Ferienspielen in Höhe von 12.000,-- €. Diese Ausgaben seien aufgrund einer Empfehlung der Revision als Personalkosten auszuweisen gewesen worden. Entsprechend würden sich die Zuwendungen zu den Ferienspielen um diesen Betrag vermindern. Das Gleiche treffe zu für die Aufwendungen für die Regionalbeauftragte „Marburger Land“, wo Personalkosten in Höhe von 9.300,-- € auszuweisen seien.

Im Vermögenshaushalt seien Ausgaben für die Anschaffung des Feuerlöschfahrzeuges für Wenkbach in Höhe von 59.000,-- €, die Erneuerung der Walgerbachbrücke in Niederwalgern mit 68.000,-- €, die innere Erschließung des Baugebietes „Unterm Hundsrück“ mit 78.000,-- €, die Erneuerung der Heizung im Bürgerhaus Wolfshausen mit 13.000,-- € sowie für den Kindergarten Oberweimar eine Akustikdecke, Beseitigung eines Nässeschadens und Zirkulationspumpe von zusammen 4.500,-- € vorgesehen.

Auf der Einnahmeseite des Vermögenshaushaltes sei positiv zu bemerken, dass der 1. Teil des Kreiszuschusses für den Kindergartenneubau Niederweimar in Höhe von 20.000,-- € zu Buche schlage, die verringerte Investitionspauschale in Höhe von 7.000,-- € sowie die nicht benötigte Kreditaufnahme.

Die Zuführung vom Vermögenshaushalt habe durch die Mehreinnahme im Verwaltungshaushalt von bisher 387.100,-- € auf 46.600,-- € reduziert werden können. Dies erkläre sich mit der zusätzlichen Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 232.500,-- €. Damit habe auf die ursprünglich vorgesehene Kreditaufnahme in Höhe von 367.100,-- € verzichtet werden können.

Dr. Dittrich (CDU) stellte den Antrag, den vorliegenden I. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2008 zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Entwurf des I. Nachtrages zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 mit seinen Anlagen (Haushaltsplan) zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

9. Annahme von Ast- und Strauchschnitt aus Privathaushalten

Drucksache: 60/9/2008/06-11

Bürgermeister Muth erinnerte daran, dass zu diesem Themenbereich sowohl Anträge der CDU- als auch der SPD-Fraktion vorlägen, die das Parlament zur Beratung zusammengefasst und an den Gemeindevorstand überwiesen habe. Der Gemeindevorstand bzw. die Verwaltung habe verschiedene Varianten geprüft, u.a. die, mit dem Bio-Energiedorf in Oberrospe bezüglich der Abnahme von Ast- und Strauchschnitt zu kooperieren. Leider sei das Vorhaben gescheitert, da nach derzeitigem Stand das Bio-Energiedorf hinsichtlich der Annahme von Ast- und Strauchschnitt ausgelastet sei.

Die Anlage sei erst vor kurzer Zeit in Betrieb genommen worden und evtl. gebe es in Zukunft irgendwann die Möglichkeit der Abnahme, derzeit allerdings nicht. Daher habe man sich in Kooperation mit dem Betreiber der Kompostanlage Cyriaxweimar auf einen Modus bezüglich der Abnahme von Ast- und Strauchschnitt geeinigt.

Solle die von der Verwaltung erarbeiteten und vom Gemeindevorstand beschlossenen Möglichkeit auch die Zustimmung des Parlamentes finden, könnte auf dem Sammelplatz der Gemeinde Ast- und Strauchschnitt aus Privathaushalten angenommen werden. Das Material werde dann von Mitarbeitern der Kompostanlage geschreddert und auf der Kompostierungsanlage in Cyriaxweimar ordnungsgemäß entsorgt.

Mit diesem Prozedere könne die Gemeinde die Auflagen hinsichtlich der Betreibung des Schredderplatzes einhalten.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) führte aus, dass die beiden ursprünglichen Anträge seiner Fraktion auf Reduzierung der Müllgebühren und der Antrag der CDU-Fraktion auf zweimal jährliche kostenfreie Abfuhr des Ast- und Strauchschnittes sinnvollerweise zusammengeführt wurde und dass ein Teil der Anträge damit praktisch erfüllt sei, jedoch der Teil des Antrages der SPD-Fraktion auf Reduzierung der Müllabfuhrgebühren weiterhin zu diskutieren sei, zumal wiederum ein Betrag von ca. 30.000,- € der Abfallrücklage zugeführt worden sei.

Die Angelegenheit sollte insgesamt zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss überwiesen werden.

Herr Laucht (FBW) begrüßte für seine Fraktion die Möglichkeit, dass Bürger eine kostengünstige Ast- und Strauchschnittabfuhr erhalten. Er fragte weiter, ob das Verfahren rechtlich abgesichert sei und ob mit dem Betreiber der Kompostierungsanlage über die Abnahme des Ast- und Strauchschnittes aus der Gemeinde Weimar eine Vereinbarung schriftlich fixiert wurde und darüber hinaus, ob dieser Sachverhalt mit dem Kreis Marburg-Biedenkopf geklärt wurde, da laut Satzung bzw. öffentlich-rechtlicher Vereinbarung der Kreis mit Ast- und Strauchschnitt anzudienen sei.

Bürgermeister Muth sagte eine Klärung der rechtlichen Gegebenheiten zu.

Frau Krantz (stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU) führte aus, dass ihre Fraktion sich darüber freue, dass der Antrag ihrer Fraktion nun in gewisser Weise umgesetzt werde und die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde eine Möglichkeit erhielten, ihren Astschnitt legal zu entsorgen. Selbstverständlich müsse das aufgegriffen werden, was zuvor Herr Laucht gesagt habe, dass die Vorgehensweise rechtlich bzw. vertraglich abgesichert sei.

Ihre Fraktion stimme der Überweisung in den Ausschuss zur weiteren Beratung zu.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erinnerte daran, dass bezüglich der Beratung dann auch der Antrag seiner Fraktion auf Senkung der Müllgebühren mit beraten werde.

Herr Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) führte aus, dass er mit einem Vorstandsmitglied des Bio-Energiedorfes in Oberrospe gesprochen habe, um einen Besichtigungstermin zu vereinbaren. Dabei habe er erfahren, dass man etwa in den nächsten 2 Wochen nicht zur Annahme von Ast- und Strauchschnitt in der Lage sei, zukünftig jedoch aufgrund einer vertraglichen Gestaltung eine Abnahmemöglichkeit bestehe. Der Betreiber sei an dem Ast- und Strauchschnitt interessiert. Zumindest sollte vor der Beratung im Ausschuss ein weiteres Gespräch mit dem Betreiber der Anlage geführt werden hinsichtlich der Möglichkeit der Abnahme von Ast- und Strauchschnitt, so dass dieser Aspekt ebenfalls in die Beratungen mit einfließen könne.

Bürgermeister Muth sagte zu, den Kontakt mit dem Betreiber der Anlage herzustellen und den Sachverhalt zu klären.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die beiden ursprünglichen und zur gemeinsamen Beratung zusammengefassten Tagesordnungspunkte von SPD und CDU mit der derzeitigen Vorlage und der Klärung der rechtlichen Vorgaben mit Kompostierungsbetreiber Cyriaxweimar und Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf sowie der doch evtl. bestehenden Möglichkeit der Abnahme von Ast- und Strauchschnitt durch das Bio-Energiedorf in Wetter-Oberrospe in der nächsten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu beraten. Sollten noch nicht alle Informationen, die zur Diskussion benötigt werden, vorliegen, soll die Angelegenheit erst in der übernächsten Ausschusssitzung beraten werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig

10. III. Änderungssatzung zur Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung; hier: Erhöhung der Abwassergebühren

Drucksache: 10/23/2008/06-11

Bürgermeister Muth erläuterte, dass bei der Kanaluntersuchung Schäden der Klasse 0 und 1 festgestellt wurden, die sofort zu sanieren seien. 0- und 1er-Schäden seien auf einer Kanallänge von 3,5 km vorhanden, wobei die Klasse 0 über eine Strecke von ca. 900 m festgestellt wurde. Zu den Beratungen im Gemeindevorstand sei das Planungsbüro zugegen gewesen, um entsprechende Fragen beantworten zu können.

Ohne eine entsprechende Gebührenerhöhung könnte den gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich der Sanierung der Schäden nicht Folge geleistet werden.

Bürgermeister Muth führte weiter aus, dass die letzte Gebührenerhöhung zum 01.01.2001 auf 2,81 je m³ verbrauchten Frischwassers erfolgte. Bei der jetzt vorgesehenen Gebührenerhöhung würde bei einem 4-Personen-Haushalt und einem geschätzten Jahresverbrauch von ca. 120 m³ Frischwasser eine Mehrbelastung von 60,- € pro Jahr bzw. 5,- € pro Monat entstehen. Mit einem Betrag von 3,30 € je m³ Abwasser liege die Gemeinde noch immer unter dem letztjährigen Kreisdurchschnitt von 3,43 € je m³.

Zudem sei es verwaltungstechnisch notwendig, dass die Beschlussfassung nicht erst in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung erfolge, da für eine rechtzeitig zum 01.01.2009 in Kraft tretende Satzung eine rechtzeitige Veröffentlichung im gemeindlichen Mitteilungsblatt notwendig sei, was aufgrund der Weihnachtsfeiertage und dem vorverlegten Redaktionsschlusses nicht mehr möglich sei. Darüber hinaus werde er, der Bürgermeister, bei einer Ablehnung des Beschlusses von seinem Recht des Widerspruches Gebrauch machen.

Herr Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) erklärte, dass seine Fraktion der Bitte des Bürgermeisters auf Zustimmung zu dieser Gebührenerhöhung nicht entsprechen könne. Immerhin sei es eine Anhebung um 17,5 %. Er bitte daher, die Angelegenheit zur weiteren Beratung an den Ausschuss zu überweisen und dabei Angaben zu machen über die Orte der Schäden, wieviel Schäden insgesamt ermittelt wurden und Angebote über die Sanierung der Schäden. Darüber hinaus sollte diskutiert werden über eine Finanzierungsmöglichkeit und über die Gebührenerhöhung insgesamt:

Sollte es zu Termenschwierigkeiten hinsichtlich einer Veröffentlichung kommen, schlage seine Fraktion die Durchführung einer Sondersitzung vor.

Diesen Aussagen von Herrn Heuser schlossen sich die CDU-Fraktion durch Herrn Dr. Dittrich, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen durch Frau Schneider und die SPD-Fraktion durch Herrn Stephan Wenz an.

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Steiß, regte die Überlegung an, die zuvor überwiesenen Tagesordnungspunkte mit dem derzeit diskutierten Sachverhalt zusammen in einer Sitzung zu beraten und darüber zu entscheiden, ob tatsächlich hinsichtlich der III. Änderungssatzung zur Abwasserbeitrags- und –gebührensatzung eine Sondersitzung einberufen werden solle. Er als Ausschussvorsitzender schließe sich aber der Mehrheit an.

Bürgermeister Muth führte aus, dass es bei einer Vorverlegung der Sitzung um eine Woche und entsprechender Beschlussfassung keine Probleme mit der rechtzeitigen Veröffentlichung gebe.

Bürgermeister Muth erklärte an dieser Stelle, dass man sich darauf verständigt habe, den 1. doppelten Haushalt in der Januar-Sitzung 2009 einzubringen. Im Anschluss an die Einbringung solle zu einer Informationsveranstaltung, zu der auch die Ortsvorsteher eingeladen werden sollen, gebeten werden.

Herr Happel (CDU) erkundigte sich danach, wann die Befahrung der Kanäle erfolgte. Er meinte, dass die Befahrung bereits im Jahre 2003 erfolgt sei und warum erst jetzt die Schäden bekannt würden.

Bürgermeister Muth antwortete, dass das Planungsbüro nach Bekanntwerden der Schäden beauftragt wurde. Das Ergebnis sei im September d.J. mitgeteilt worden.

Bürgermeister erklärte, dass er ohne Akteneinsicht dies nicht beantworten könne, wolle aber in diesem Zusammenhang noch ausführen, dass inzwischen der OT Allna entsprechend den Vorgaben der EKVO komplett saniert sei.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorstehenden Tagesordnungspunkt an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen, der zu einer Sondersitzung bzw. terminlich vorverlegten Sitzung einberufen werden soll.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Sodann unterbrach der stellvertretende Vorsitzende der Gemeindevertretung die Sitzung von 21.39 Uhr bis 21.43 Uhr.

11. Anfragen

- a) Der stellvertretende Vorsitzende führte aus, dass ihm eine schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vorliege hinsichtlich der Kanalsanierung, die vom Bürgermeister schriftlich beantwortet wurde.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU, Frau Krantz, erklärte, dass ihre Fraktion noch Klärungsbedarf habe:

Zu Punkt 4 wolle ihre Fraktion gerne wissen, was mit den Differenzbeträgen zwischen Haushaltsansatz und den tatsächlichen Ausgaben geschehen seien. Gerade im Jahre 2007 mache das ca. 140.000,-- € aus. Diese Differenz hätte wohl in die Rücklage geflossen sein müssen, wohin allerdings nur 27.000,-- € überführt wurden.

Weiterhin wolle ihre Fraktion wissen, ob die kalkulierten Haushaltsansätze aus den Gebühren resultieren?

Frau Krantz bat den Bürgermeister um schriftliche Beantwortung ihrer Anfragen.

- b) Dr. Dittrich (CDU) schlug vor, dass in der vorgesehenen Sondersitzung der HFWA auch Vertreter des Planungsbüros anwesend seien, die Auskünfte zu der Befahrung, den festgestellten Schäden und der Sanierung geben sollten.
- c) Herr Schmidt (FBW) erklärte, dass er festgestellt habe, dass es in der Arztpraxis im Bürgerhaus Niederwalgern durch das beschädigte Dach durchgeregnet habe, so dass in den Praxisräumen mehrere Eimer zum Auffangen des Durchtropfwassers aufgestellt werden mussten. Bürgermeister Muth antwortete hierauf, dass das Problem seit Jahren bestehe und bisher leider nicht behoben werden konnte trotz Sanierungsarbeiten durch Fachfirmen. Derzeit sei dort wiederum eine Firma mit Reparaturarbeiten beschäftigt und von dort die Aussage getroffen worden, dass nunmehr das Problem gefunden sei und behoben werden könne.
- d) Herr Heuser (FBW) stellte folgende Anfragen:
- Wie viele und welche Baugrundstücke wurden im Neubaugebiet Niederwalgern bisher vergeben?
 - Bezüglich des Neubaugebietes Niederweimar wolle er wissen, wie viel Anfragen für Baugrundstücke vorliegen?
 - Das Gleiche für das Baugebiet „Unterm Hundsrück“ im OT Roth.
 - Wie viel Anfragen hinsichtlich des Gewerbegebietes zwischen Niederwalgern und Wenkbach vorliegen?

Herr Heuser bat um schriftliche Beantwortung seiner Fragen durch den Bürgermeister.

12. Verschiedenes

- a) Bürgermeister Muth erklärte, dass er bei der folgenden Information seine Grundsätze durchbreche und er eine vertrauliche Mitteilung über eine Mitarbeiterin der Verwaltung geben wolle.

Frau Christina Krantz (CDU) unterbrach den Bürgermeister in seinen Ausführungen mit der Aussage, dass diese Personalangelegenheit, die doch ins Persönliche und Privatleben der Bediensteten gehe, nichts in dieser öffentlichen Sitzung zu suchen habe.

Frau Krantz (CDU) schlug vor, dass Bürgermeister Muth diese Info in der Runde der Fraktionsvorsitzenden bekannt geben könne.

- b) Der stellvertretende Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärte, dass er mit dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Herrn Hoß, bereits darüber gesprochen habe, den Fraktionsmitgliedern zu dem Thema „Doppischer Haushalt“ einen Kurzlehrgang anzubieten. Er wolle sich dann zusammen mit Herrn Hoß um einen Dozenten bemühen, bat aber, dass dann doch die Mitglieder der Gemeindevertretung möglichst vollzählig anwesend seien.

Herr Potthoff (SPD) regte an, dass bei dem Vortrag der doppische Haushalt der Gemeinde vorliegen sollte, damit man anhand dieses Exemplares eine Schulung vornehmen könne.

Die anwesenden Fraktionen waren mit der beabsichtigten Vorgehensweise einverstanden.

- c) Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) erinnerte daran, dass 4 Fraktionen aus dieser Gemeindevertretung gesammelt hätten für ein Geschenk zur Eröffnung des neuen Kindergartens in Niederweimar. Mit der Sammlung sei sie beauftragt gewesen. Das Geschenk sei überreicht worden und habe große Freude bereitet. Die Kindergartenleiterin, Frau Ast, bedanke sich herzlich für die Geschenke der einzelnen Gruppen. Auch die Kinder hätten sich sehr darüber gefreut.

- d) Termine:

1. Vorgezogene Sitzungsrunde aufgrund der Beschlussfassung über den III. Nachtrag zur Abwasserbeitrags- und –gebührensatzung und nach Rücksprache mit allen Fraktionen in der Sitzungsunterbrechung sowie nach Absprache mit der Gemeindeverwaltung :

01.12.08	Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport,
02.12.08	Bau-, Planungs- u. Umweltschutzausschuss,
03.12.08	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss,
11.12.08	Gemeindevertretung

Die Verfügbarkeit des Bürgerhauses müsse ebenfalls noch geprüft werden.

2. 14.02.2009 Einladung des Bürgermeisters von Wutha-Farnroda zum Karneval.
3. 07.11.2008, 9.00 Uhr, Spatenstich Ortsumgehung B 255.

4. 19.11.2008 Bürgerversammlung in Nesselbrunn.
5. 16.11.2008 Großveranstaltung zum Volkstrauertag im OT Kehna. Herr Ortsvorsteher Christian Fischer berichtete, dass der höchste Natosoldat, Stabschef des Notohauptquartiers in Europa, Herr General Karl-Heinz Lather, daran teilnehmen. Er meinte, dass für die Veranstaltung ein hoher Organisationsaufwand nötig sei und er sich freuen würde, wenn er viele bekannte Gesichter am 16.11.2008 um 13.00 Uhr auf dem Friedhof des OT Kehna begrüßen könnte.

Ende der Sitzung: 22.00 Uhr.

Der stellvertr. Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Im Original unterschrieben
(Werner Knobloch)

Im Original unterschrieben
(Rita Rohrbach)